

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dachstuhl: Haupt-Postamt.
Dienstag: Samstagsnummer: 25 241
Der für die Postgebühren: 200 H.

Lebeck's Dreiring-
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Druckerei und Buchbinderei:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Leipzig in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zubereitung, durch die Post | Anzeigen-Preise. Die Spalte 37 mm breite Seite 2 H. Die Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spezial- u. Verträge 25 H. Die Spalte 37 mm breite Seite 2 H. Die Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spezial- u. Verträge 25 H. Die Spalte 37 mm breite Seite 2 H. Die Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spezial- u. Verträge 25 H.

Konditorei Limberg
Dresden, Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke — Kaffeegebäck

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Tagung des Obersten Rates am 8. August.

Zustimmung Briands.

London, 1. August. Wie Reuters erfährt, hat Briand heute vormittag den Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, aufkommend beantwortet. Lord George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Sonntag abreisen. Es herrscht hier das Empfinden, daß die Sitzungen nur wenige Tage dauern werden, da die britischen Minister in London Dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Minister des Inneren werden ebenfalls in Paris sein. (W. T. S.)

Paris, 1. August. Die Einladungen zur Sitzung des Obersten Rates, die auf den 8. August festgesetzt worden ist, werden heute abend an die beteiligten Mächte abgeandt werden. (W. T. S.)

London, 1. August. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlaufe der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsresultates und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In der Antwortung des Friedensvertrages erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Verhandlung zu teil würde. Lloyd George erklärte noch, er glaube, daß das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher, die an der Tagung des Obersten Rates wegenstand der Erörterung sein werde. (W. T. S.)

Die Aufgaben der interalliierten Konferenz.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“
Paris, 1. August. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt, daß die interalliierte Konferenz am 8. August unter sehr günstigen Aussichten eröffnet werden würde. Obwohl man sich die Komplexität der zu erörternden Probleme nicht verhehlt, die von den Staatsmännern der Alliierten zu lösen sind, gibt man doch der Hoffnung Ausdruck, daß deren großer politischer Sinn die Schwierigkeiten sämtlich beseitigen werde. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß der Oberste Rat sich darauf beschränken werde, die oberschlesische Frage zu lösen, ferner die Frage der Reparationen und der Kriegsverbrecherverurteilung und die Ermittlung Deutschlands zu prüfen.

Gegen die Sforzalline.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“
Paris, 1. August. „Somme Libre“ spricht sich gegen die Verwendung der Sforzalline aus, weil diese für Polen die besten und günstigsten sei, da sie die wirtschaftlichen Wünsche der Deutschen erfülle. Selbst die vom General de Marini vorgeschlagene Linie wäre noch besser. General de Marini glaubt, daß Sforza in seinem Entgegenkommen zu Deutschland gegenüber zu weit gegangen sei. Es könne keine Abmachungen geben, wenn Polen nicht durch den Hafen von Genua zur Oder erhalte und ihm nicht Gleiwitz und Hindenburg zugesprochen würden.

Oberschlesien bleibt bei Deutschland?

Berlin, 1. August. Von maßgebender Seite wird in Anbetracht auf das bevorstehende Zusammenbrechen des Obersten Rates nochmals darauf hingewiesen, daß Deutschland nach wie vor an dem Rechtsstandpunkt festhält, daß Oberschlesien nach dem Ergebnis der Abstimmung und gemäß dem Friedensvertrag ganz ungeteilt beim Deutschen Reiche verbleiben müsse.

Königsberg, 1. August. Der Staatssekretär des „Oberstschl. Kur.“ hatte mit einem bekannten ausländischen Politiker, der zurzeit das Industriegebiet bereist, eine Unterredung über die bevorstehende Lösung des oberschlesischen Problems durch den Obersten Rat. Diesem Gewährsmann zufolge, der nach dem „Oberstschl. Kur.“ aus erster und bester Quelle schöpft, wird Oberschlesien, wahrscheinlich sogar mit Einschluß der Kreise Pleß und Lublitz, bei Deutschland verbleiben. U. a. führt sich diese Meinung auf die völlig veränderte westpolitische Konstellation, die hervorgerufen wurde durch das Zusammengehen Englands und Amerikas, worüber in England nunmehr Sicherheit besteht. Dadurch sei England nicht mehr in dem Maße wie vormals genötigt, seiner außerordentlichen Interessen wegen auf Frankreich Rücksicht zu nehmen und diesem, gegebenenfalls als Kompensation, wie es noch bis vor kurzem schien, Oberschlesien zu opfern. Wir wollen nur hoffen, daß der scheinend rechtlich optimistisch gestimmte auswärtige Politiker recht behält.

Eine englische Stimme für ein deutsches Oberschlesien.

London, 1. August. „Daily Chronicle“ zufolge wird Lloyd George bei dem am Montag beginnenden Sitzungen des Obersten Rates zugegen sein. — Der „Observer“ schreibt im Leitartikel: Oberschlesien müsse in seiner Gesamtheit deutsch bleiben, nicht nur auf Grund der Volksabstimmung, sondern auch auf Grund geschichtlicher, geographischer und wirtschaftlicher Erwägungen, sowie im Hinblick auf den künftigen Frieden und die Stabilität Europas. Jede Teilung müße verhängnisvolle Folgen haben. (W. T. S.)

Die Vorbereitung des neuen Polenaufstandes

Dresden, 1. August. Nach Meldungen aus Oberschlesien scheint der neue Aufstand der Polen im Kreisgebiet zu beginnen zu wollen. Dortwärtig streben dahin von der Grenze aus polnische Truppen in Uniform und Zivil. Sie überfallen die Grenzposten und töten, bald in größeren Truppen. Zum Teil werden diese polnischen Soldaten als deutsche Flüchtlinge maskiert und so sind sie in größerer Anzahl in die deutschen Pöbel-Gewalttätigkeiten und Partisanen gekommen. Auch werden die polnischen Soldaten bereits mobilisiert. Sie sind in größeren Truppen von Schoppsitz und Myslowitz abgerückt.

Bildung eines polnischen obersten Volkstages.

Heute, 1. August. Nach dem Vorbild des deutschen Reichstages für Oberschlesien wurde, wie die polnischen Blätter melden, ein polnischer Volkstag für Oberschlesien ins Leben gerufen, zu dem 12 Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. An der Spitze des Volkstages steht ein vierköpfiges Präsidium, dessen Vorsitzender Kumer ist. Der Volkstag hat seinen Sitz im Hotel Kommit in Heutchen. Seine wichtigste Aufgabe nennt der Volkstag den Schutz der Arbeiter der polnischen Bevölkerung, und deren Vertretung bei der interalliierten Kommission. (W. T. S.)

Die Taten der interalliierten Kommission.

Heute, 1. August. Die interalliierte Kommission verhandelt in diesen Tagen durch große Sendungen und Notizen in den Zeitungen, daß die Ruhe im oberschlesischen Abtrünnungsgebiet jetzt im allgemeinen hergestellt sei. Diese Bekanntmachung schlägt den Besatzungen förmlich ins Gesicht. Die Ruhe und die Aufrechterhaltung der Ordnung sind heute mehr gefährdet denn je. Aus den Landorten des Kreises Heutchen werden drakonische Maßnahmen, zahlreiche Verhaftungen und verwegene Raubüberfälle auf Deutsche gemeldet. Die polnischen Banden, die in den Landorten umherstreifen, terrorisieren in kaum glaublicher Weise die deutschgebliebene Bevölkerung. Die sogenannten Gemeindevorstände, in denen das polnische Element überwiegt, erweisen sich als völlig unzuverlässig, da alle verantwortlichen Führerstellen mit Polen oder nur ehemaligen Insurgenten besetzt sind. So mühte der Gemeindevorstand eines Ortes im Landkreis Ratibitz in der Erledigung eines Sonderfalles an die interalliierte Kommission berichten, daß die Gemeindevorstände dort ausschließlich aus Insurgenten zusammengesetzt sei. In der Nacht zum 28. Juli gingen ganze Banden polnischer Insurgenten gegen das nur 7 Kilometer von der Grenze entfernte Dorf Ramm vor. Hier kam es zu einer regelrechten Schlacht zwischen Deutschen und Polen, die mehrere Stunden andauerte. Auf beiden Seiten gab es Verwundete und Tote. Erst gegen Morgen konnten die Banditen über die Grenze gedrängt werden.

Zu den französischen Truppentransporten.

Berlin, 1. August. Der angekündigte gemeinsame Schritt der Entente-mächte in der Truppentransportfrage ist bisher noch nicht erfolgt. — Die Reichsregierung beabsichtigt nach Mitteilungen von zuständigen Stellen, den zweiten an den französischen Botschafter in der Transportangelegenheit gerichteten Brief zu veröffentlichen.

Wiederaufnahme der Kohlentransporte aus Oberschlesien.

Berlin, 1. August. Wie verlautet, haben zwischen den Vertretern deutscher Regierungskreisen, der Industrie, der interalliierten Kommission und der Eisenbahndirektion längere Verhandlungen über die Wiederaufnahme von neuen Kohlentransporten nach Deutschland stattgefunden. Danach sollen schon in nächster Woche Kohlentransportzüge aus Oberschlesien nach Deutschland abgehen können. Die Transporte sollen durch einen Vertreter der interalliierten Kommission überwacht werden.

Harding gegen eine Vorkonferenz.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“
London, 1. August. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Alle Zeitungen berichten übereinstimmend, daß Präsident Harding auch weiterhin zurückbleiben sei, die Vorkonferenzen von gewissen Mächten gemacht worden sind. Er erklärte, daß alle Mächte gleichzeitig an der Washingtoner Konferenz teilnehmen sollten, und ist der Ansicht, daß eine Vorkonferenz zur Prüfung der Fragen des Stillens des Handels der Bedeutung der Frage der Abrüstung Abbruch tun könnte, die jedoch offenbar der Zweck der Washingtoner Konferenz sein sollte.

Scharfe Valutamassnahmen Argentiniens.

Rio de Janeiro, 1. August. Die Kammer billigte einen Ausnahmeverordnung, der die Regierung ermächtigt, die Aufhebung aller Verträge bezüglich der Neubauten und die Einstellung aller bereits begonnenen Arbeiten, mit Ausnahme derjenigen für die Eisenbahnen, ferner eine Verwirklichung der Einfuhr von Waren auf Automobile, Cognac, Spirituosen, Selbste, Juwelierwaren, Parfümerien, Tapeten, Weinen, Konferven usw. anzuordnen, so lange der Wechselkurs unter 10 Pence steht. (W. T. S.)

Der sozialdemokratische Kampf um die Selbstverwaltung.

Nach dem neuen sozialdemokratischen Parteiprogramm-Entwurf soll die Gemeindeverwaltung nach folgenden Richtlinien geregelt werden: Schaffung einer einheitlichen Gemeindeverwaltung für Stadt und Land, sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertretungskörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung — allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht — und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung, Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindeverwaltung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung, Gewährung von Vätern an die Gemeindevertreter und Strafslosigkeit für Neuerungen in Ausübung ihres Amtes. Auf den hier gegebenen Leitlinien ist der Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung Sachens aufgebaut, der nach Begutachtung durch die zuständigen Organisationen im Herbst dem Landtage vorgelegt werden soll und dessen wesentlicher Inhalt bereits an anderer Stelle mitgeteilt wurde. Das Einkammersystem wird allgemein durchgeführt, die staatliche Aufsichtsbefugnis wesentlich eingeschränkt, das Wahlrecht der staatlichen Aufsichtsbehörde fällt gänzlich fort, der Gemeinderat bekommt alle Gewalt in die Hände und von ihm sind alle kommunalen Beamten, einschließlich der Bürgermeister und der ebenfalls des staatlichen Beamtencharakters entkleideten Amtshauptleute, abhängig. Die Kreisamptmannschaften werden infolge der Verminderung der Aufsichtsorgane beseitigt und an Stelle der bisherigen Bezirksversammlung tritt der Bezirksrat mit dem Bezirksamptmann an der Spitze. Der Bezirksauschuss wird ersetzt durch drei Ausschüsse, einen Verfassungskommission, einen Gesundheits- und Wohlfahrtsauschuss, denen alle Haushaltspläne und geschäftlichen Verfügungen der Gemeinden vorgelegt werden müssen. Zwei besonders einschneidende Neuerungen sind die Bestimmung, daß künftig jeder stimmberechtigte Einwohner ohne weiteres Bürger sein soll, ein besonderes Bürgerrecht also weder erworben noch verliehen werden kann, sowie die weitere Vorkehrung, daß fortan Gemeinderatsmitglieder wegen Neuerungen in den Sitzungen strafrechtlich nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden dürfen.

Die kommunale Selbstverwaltung, die in unserer engeren Heimat durch diesen Entwurf vor eine Umwälzung aller gewohnten Verhältnisse gestellt wird, stand vor dem Kriege in Sachsen so gut wie im ganzen übrigen Deutschland in hoher Blüte. Sie war eine Errungenschaft des Liberalismus, die den deutschen Städten zu einem allgemeinen Aufschwung verhalf und ein Heer von außerordentlich tüchtigen und gründlich geschulten Kommunalbeamten heranzuwachsen ließ. Dabei galt für die gesamte deutsche Selbstverwaltung unerschütterlich die strenge Regel, daß keine Gemeindekörperschaft und ebenso kein einzelner Gemeindebeamter sich unter irgendwelchen Vorwänden oder Voraussetzungen in die Politik einmischen durfte, und da durchaus keine Abweichung von dieser Norm gebildet wurde, so konnten die körperlich tüchtigen Vertreter und die Beamten der Gemeinden in ganz Deutschland sich ungehindert durch parteipolitische Quertreibereien ausschließlich der Pflege der kommunalen Interessen widmen. So entwickelte sich das kommunale Leben im Deutschen Reiche in der Vorkriegszeit in außerordentlich günstiger Weise und zahlreiche städtische Verwaltungen waren Musterbetriebe, die von einem rein sachlichen, durch keinen politischen Hader gestörten Geiste beherrscht wurden. Das änderte sich erst zum Teil, als die Sozialdemokratie aufging, auch in den kommunalen Vertretungskörperschaften festen Fuß zu fassen und dort für ihre Ideen im politischen Sinne Propaganda zu machen. Damit kam ein fäulendes Element in die deutsche Selbstverwaltung, das bis dahin zum größten Nutzen der ganzen Gesellschaft streng verpönt gewesen war. Wenn nunmehr sozialdemokratische Mitglieder in den Stadtverordnetenversammlungen die Debatten auf parteipolitische Gebiet hinüberzogen und sich in tendenziösen Angriffen ergingen, so ließ sich auch auf bürgerlicher Seite eine entsprechend politische gefärbte Antwort nicht immer vermeiden, und so gaben die deutschen Gemeindeverwaltungen in den letzten Jahren vor dem Kriege zum Teil schon einen unangenehmen Vorgeschmack von den Zuständen, wie sie einmal einreisen würden, wenn es der Sozialdemokratie gelänge, sich ganz der Herrschaft im kommunalen Leben zu bemächtigen.

Dieses Ziel, die Begründung der sozialdemokratischen Vormachtstellung in der Leitung der Gemeinden, soll durch den jetzigen sächsischen Gesetzentwurf und weitere ähnliche Entwürfe, die nach den gleichen, dem neuen Parteiprogramm entsprechenden Grundgedanken an die Parlamente in den übrigen Ländern gelangen werden, zur Verwirklichung